

Kirche und Gesellschaft

Herausgegeben von der
Katholischen Sozialwissenschaftlichen
Zentralstelle Mönchengladbach

Nr. 71

Entwicklungs- problematik und Bericht der Nord-Süd- Kommission

von Paul Trappe

Verlag J. P. Bachem

Die Reihe „Kirche und Gesellschaft“ behandelt jeweils aktuelle Fragen aus folgenden Gebieten:

- Kirche in der Gesellschaft
- Staat und Demokratie
- Gesellschaft
- Wirtschaft
- Erziehung und Bildung
- Internationale Beziehungen / Dritte Welt

Die Numerierung der Reihe erfolgt fortlaufend.

Die Hefte eignen sich als Material für Schul- und Bildungszwecke.

Bestellungen sind zu richten an die
Katholische Sozialwissenschaftliche Zentralstelle
Viktoriastraße 76
4050 Mönchengladbach 1

Redaktion:
Katholische Sozialwissenschaftliche Zentralstelle
Mönchengladbach

Im Jahre 1977 beauftragte der Präsident der Weltbank, Robert McNamara, den ehemaligen Bundeskanzler, jetzigen Parteivorsitzenden der SPD und Friedensnobelpreisträger Willy Brandt, „eine unabhängige Kommission“ zu einem epochalen Geschehen zu bilden: Die Kommission sollte einen Bericht über die Zusammenarbeit zwischen Industrie- und Entwicklungsländern erstellen. Unerklärte Absicht war es, den „Nord-Süd-Dialog“ mit konstruktiven Vorschlägen zum Wohle **aller** Dialogpartner zu bereichern und – in einer qualvollen Notlage der Welt – zu größerer Effizienz zu verhelfen.

Ein anspruchsvoller Auftrag

Die unabhängige Kommission setzte sich aus hochgestellten Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens verschiedener Länder und politischer Überzeugungen zusammen: Klangvolle Namen, darunter diejenigen ehemaliger Regierungschefs aus einzelnen Entwicklungsländern und einzelnen Industrieländern.

Der Bericht wurde im Dezember 1979 dem Auftraggeber überreicht und bald danach auch der Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Er liegt nun auch in deutscher Übersetzung vor: Das Überleben sichern, Gemeinsame Interessen der Industrie- und Entwicklungsländer, Bericht der Nord-Süd-Kommission, mit einer Einleitung des Vorsitzenden Willy Brandt, Verlag Kiepenheuer & Witsch, Köln 1980, 381 Seiten.

Die Kommission trat zehnmal in verschiedenen Ländern zu jeweils mehrtägigen Arbeitssitzungen zusammen, so in Mexiko, in Mali, in der Schweiz, in der Bundesrepublik und andernorts; zusätzliche Gespräche wurden in verschiedenen Ländern der Welt geführt, so auch in der UdSSR und in der Volksrepublik China. Über ihre Arbeit und ihre hohen Ziele wurde in den Medien laufend berichtet. Die Erwartungen der Zeitgenossen wurden über Jahre hinweg „gespannt“ – die kürzlich erfolgte Veröffentlichung des abschließenden Berichtes kommt einer Entspannung gleich; es muß nicht mehr gespannt erwartet werden. Der Bericht liegt vor: im günstigsten Falle darf man sagen: Er bringt nichts Neues. Das soll noch keine generelle Kritik sein; auch das Aufarbeiten vieler Erfahrungen kann nützlich, verdienstvoll sein.

Meines Erachtens hat die Kommission ihren Auftrag, ihr „Arbeitsmandat“ (368), nicht hinreichend befriedigend ausgeführt, auch wenn dieser sehr anspruchsvoll, vielleicht zu anspruchsvoll, war:

„Aufgabe der Unabhängigen Kommission für internationale Entwicklungsfragen ist es, die ersten Probleme von globalen Ausmaßen zu untersuchen, wie sie sich aus den wirtschaftlichen und sozialen Ungleichgewichten der Weltgemeinschaft ergeben, und Wege dafür auf-

zuzeigen, wie angemessene Lösungen für die Entwicklungsprobleme und zur Überwindung der Armut vorangetrieben werden können . . .

Die Kommission sollte den Entschlüssen der Vereinten Nationen zu Entwicklungsproblemen sowie anderen Fragen, die in den letzten Jahren auf internationalen Foren behandelt wurden, sorgfältig zu beobachten (stilistische und grammatikalische Mängel sind zuweilen störend, P.T.). Sie sollte wünschenswerte und realistische Orientierungen für die internationale Entwicklungspolitik des nächsten Jahrzehnts aufzuzeigen suchen und dabei berücksichtigen, was die Industrie- und Entwicklungsländer aus einem gemeinsamen Interesse heraus tun sollten.“

Die guten und ehrlich ausgebreiteten Auffassungen verdienen neidlos Anerkennung, auch wenn sie kaum ins Schwarze treffen. Der Raum für die vorliegende Stellungnahme muß sich auf Wesentliches und Symptomatisches beschränken, ohne dem umfänglichen Bericht Gewalt anzutun oder die gewiß guten Absichten in Zweifel zu ziehen.

Die Misere der Vielen im Spiegel des Berichts

Es drängt sich die Frage auf, ob der Erfahrungshorizont der Kommissionsmitglieder vielleicht zu eng war, jedes gewiß kompetent aus der Sicht seines eigenen Landes, gewiß auch mit individuellen, subjektiven Vergleichsmöglichkeiten. Doch die Summierung von Erfahrungen einzelner verbürgt noch nicht eine stichhaltige Gesamtschau. Vielleicht sehen die Kommissionsmitglieder die Lage zu sehr „von oben“; der hautnahe Kontakt mit der menschlichen Misere ist wohl nur wenigen von ihnen je ermöglicht worden. Der Bericht schon legt diese Vermutung nahe: Sofern Maßnahmen empfohlen werden, sind es die „klassischen“, mit denen Regierungen es immer schon zu tun hatten. Betrachtet man die Lage „von unten“, z. B. aus der Sicht der einen Milliarde physisch Leidender unserer Epoche, dann eröffnet dieser Bericht in erster Linie Pessimismus und wenig Hoffnung für eine Wende zum Guten. Die Kommission sieht das Gute in der Entwicklung, in einer Entwicklung, die alle schwierigen Probleme beseitigt, z. B.: „Letztlich schafft die Entwicklung als solche die günstigsten Bedingungen für die Stabilisierung der Weltbevölkerung auf einem erträglichen Niveau“ (138). Die Substanz dieser und ähnlicher Aussagen ist notgedrungen vage. „Aufrufen“, „Aufrütteln“, „Massenmobilisierungen“ können in bester Absicht propagiert werden. Solche Hinweise gab es allein im zwanzigsten Jahrhundert schon zahlreiche. Doch wie wenige brachten den Betroffenen, den „Mobilisierten“, echte Vorteile! Wer hat Vorteil aus dem Aufrütteln in Äthiopien? Die etwa 1,2 Millionen (!) Flüchtlinge, die sich aktuell allein nur in Somalia buchstäblich stauen? Wer hat Vorteil an den Mobilisierungen in den Staaten Indochinas? Die Opfer des Genozids etwa? Wer zieht

einen Vorteil aus den so zahlreichen Entwicklungsplänen, die die verarmten Massen quasi als *quantité négligeable* betrachten? Diese Massen gerade nicht – sie aber sind das eigentliche Entwicklungsproblem, in ihnen liegt die Unterentwicklung.

Empfehlungen, Appelle

Es nützt wohl nichts, der Kritik auf das „System“ freien Lauf zu lassen, das Morgen zu überspringen und sich auf das utopische Übermorgen (wenn überhaupt) zu konzentrieren, getreu dem Slogan: „Aus dem Zerstören entsteht das Neue.“ Doch wie? Durch wen? Zu wessen Wohl und zu wessen Leid? Der Mobilisierung, wie der Revolution, folgt der graue Alltag der Nach-Mobilisierungsphase auf dem Fuße. Über diesen wissen wir einiges, gibt es auch zahlreiche kontroverse Vorstellungen. Überlegungen dazu haben Vertreter aller weltanschaulichen Lager in sehr ähnlichen Formen anzustellen. Es ist das Problem einer Innenpolitik – zumal einer Weltinnenpolitik – schlechthin. Die Kommission schweigt sich dazu aus. Das dürfte sie nicht. Ganz banal ausgedrückt: Aufrütteln kann jeder oder viele – die Folgen können höchst brisant sein, sind in der Regel hoch brisant, vernichten mehr als sie aufbauen. Die Kommission arbeitet mit Vorschlägen, die auf „Werten“ gründen, die kaum von einer Mehrheit dieser Welt, auch nicht von einer Mehrheit der Regierungen dieser Welt, zur Richtschnur ihrer Politik gemacht werden. Es sollen „kulturelle Werte“ berücksichtigt werden, aber welche? und wie? Wie lassen sich kulturelle Werte vereinheitlichen, wenn über diese nur vage Hinweise gegeben werden, von denen alle Erfahrungen lehren, daß sie entweder gerade die kulturelle Eigenständigkeit durchbrechen, mißachten oder aber in Form von Empfehlungen auftreten, die entweder nicht realisierbar sind, oder über die nicht einmal erfolgreiche oder auch nur erfolgversprechende Pilotstudien oder auch konkrete Erfahrungen nachweisbar sind. Deutlich wird dies bei den so wenigen konkreten Hinweisen, die die Kommission gibt, so z. B. im Zusammenhang mit „Ganztagskindergärten“, „Frauenemanzipation“, Neuordnung der „Familie“, wobei offen bleibt, welche Vorstellung von Familie die einzelnen Kommissionsmitglieder tatsächlich haben (wohl nicht solche, wie sie in der Schriftenreihe des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit einem weiteren Publikum plausibel gemacht werden sollen, in Bd. 103 des Ministers).

Vorschläge wie „Ganztagskindergärten“ und gleichzeitige Forderung nach Respektierung der Werte fremder Kulturen kommt dem Versuch der Quadratur des Kreises gleich. Kann sich die Kommission Mütter vorstellen, die ihre Kinder unter kulturspezifischen Bedrängnissen gebären und sie nicht mehr verlieren möchten, die sie bei aller Pein mögen, ertragen,

verteidigen – lieben? Die Kommission hat an den existentiellen Fragen des Menschen vorbeigesehen; sie bleibt auf dem entrückten Niveau eines wie auch immer begriffenen UN-Lebensstils. Oder soll etwa die ganze Welt durch die Erfahrungen des Bundeslandes Hessen hindurchgezwängt werden?

Der Inhalt des Werkes läßt sich leicht charakterisieren. „Dieser Bericht zielt darauf ab, einige der gewaltigen Risiken herauszustellen, welche die Menschheit bedrohen, und er möchte aufzeigen, daß die legitimen Eigeninteressen der Nationen oft mit wohlverstandenen gemeinsamen Interessen auf einen Nenner gebracht werden können“ (35). – Das Buch ist ausdrücklich „nicht als technischer Expertenbericht gedacht“ (13). – Es soll der „Wille mobilisiert“ werden (23), ein „Aufruf zum Handeln“ (41). – Dabei erwartet man „viel von jenen innerhalb der nachrückenden jungen Generation, die bald in entscheidendem Maße politische Verantwortung tragen werden (nur von „jenen“? P.T.). Wir hoffen, daß sie sich verstärkt bewußt werden, wie sehr es um lebendige Menschen zu gehen hat, nicht um blutleere Abstraktionen oder Institutionen, die sich selbst genug sind. Gleichfalls hoffen wir, daß die Jüngeren menschliche Werte wichtiger nehmen als bürokratische Regelungen und technokratische ‚Sachzwänge‘“ (16/17). Man erkennt spätestens hier, daß sich die Kommission noch – worauf sie selbst ja auch verweist – in einem Lernprozeß befindet. Die Empfehlungen, soweit nicht schon genannt oder angedeutet, sind schnell zusammengefaßt (352 ff): Es geht um die seit Jahren vielerorts erhobenen Forderungen wie Deckung des Nahrungsbedarfs der „einkommensschwachen“ Länder, Familienplanung, Umweltschutz, Abrüstung, Rohstoffhandel, Energie, Industrialisierung, Investitionen, Technologietransfer, Weltwährungsordnung, Entwicklungsfinanzierung („Der Kapitaltransfer in Entwicklungsländer muß beträchtlich verstärkt werden“), internationale Organisationen („Das UN-System, das vor größer werdenden Aufgaben steht, muß gestärkt und wirksamer gemacht werden“). Zu all diesen Punkten werden zusätzliche beherzigenswerte Ratschläge erteilt.

Es sind so gut wie ausschließlich materielle Forderungen. Die eingangs so richtigerweise genannten Werte und die Klage über die „blutleeren Institutionen“, vor allem, wie diesen die Blutleere genommen werden könnte – solche Gehalte haben sich am Ende dieses Lernprozesses vollends verflüchtigt.

Kritische Anmerkungen

Vor fünf oder zehn Jahren noch wären die Vorstellungen der Kommission als originell empfunden worden. Inzwischen ist von Wissenschaftlern und Praktikern der Entwicklungszusammenarbeit eine bemerkenswerte

Fülle von kompetentesten Stellungnahmen und systematischen Werken erschienen, welche die Kommission offenkundig nicht verarbeitet hat. Eine Zusammenstellung einer Reihe bedeutsamer Schriften findet sich in den Literaturhinweisen am Ende dieses Beitrages. Wer heute kompetent zur Entwicklungspolitik Stellung nehmen möchte, muß wenigstens die dort ausbreiteten Erkenntnisse verarbeitet haben. Vor wenigen Jahrzehnten noch hätte man das Aufkommen der spezifischen Bedrängnisse unserer Zeit für unmöglich gehalten: Völkermord, Flüchtlingsehend, Umweltvernichtung, Naturkatastrophen und deren soziale Folgen, alles dies in neuen, grausigen, immensen Dimensionen. Wenn wir uns rückbesinnen auf die Gründungsphase der Vereinten Nationen und die damals tragenden Werte, dann ist ein erschreckender Wertverlust zu erkennen. Unter den Empfehlungen besticht der Hinweis nach erhöhten Leistungen der öffentlichen – und wohl auch privaten – Entwicklungshilfe. Gerade dieses Mittel muß nach allen bisherigen Erfahrungen, zumal in dieser allgemeinen Form gefordert, auf Skepsis stoßen. Man gebe Herrn Brandt als Kommissionsvorsitzenden höchste Geldbeträge zur freien Verfügung, um auch nur in einer städtischen Agglomeration der Dritten Welt eine Sanierung vorzunehmen (z. B. in Mexiko-City mit 15 Millionen Einwohnern; in Kalkutta, über deren Einwohnerzahl nur Schätzungen vorliegen: zwischen 9 und 13 Millionen Einwohnern; oder in einer westafrikanischen Hafenstadt nach Wahl, wo der „informal sector“ normalerweise etwa 60% der Gesamtbevölkerung auszumachen scheint). Die Sowjets haben mit ihren 3 Millionen Dollar Zuschuß pro Tag, seit Jahren ausgerichtet, aus Kuba mit seinen 9 Millionen Einwohnern nichts machen können, was auch nur im entferntesten an ein Paradies denken lassen könnte. Im Gegenteil: Von paradiesischen Verhältnissen ist dieser Staat wenigstens so weit oder noch viel weiter entfernt als vergleichbare andere Staaten des lateinamerikanischen Raumes. Wer da meint, Kuba befände sich in einer Übergangsphase, dem kann man u. a. sagen, daß eine solche auch preiswerter zu haben gewesen wäre.

Man betrachte doch eine der vielen infrastrukturell hoch entwickelten Regionen des Mittelmeerraumes, z. B. Sizilien: Verkehrslage und -system exzellent; Ausbildungssystem fast exzellent; das sozioökonomische Entwicklungsniveau der Massen fatal dürftig – in diesem zentralen Punkt ein Entwicklungsland, so wie man sich ein solches normalerweise vorstellt. Dieser zentrale Punkt ist in der bisherigen Entwicklungspolitik und auch von der Brandt-Kommission vernachlässigt worden. Das muß nicht nur deswegen überraschen, weil Willy Brandt und Olof Palme Mitglieder der Kommission gewesen sind. An die **soziale Frage** in Entwicklungsländern selbst darf offenbar nicht gerührt werden; es hätte erwartet werden müssen, daß die Kommission, gerade wegen ihrer vielseitigen Zusammensetzung und ihres so nicht bestreitbaren politischen Gewichts, die soziale Frage als zentrale wenigstens beim Namen genannt hätte. Dieses

Gremium hätte es wie kein anderes vermocht; sie wollte wohl niemandem weh tun und hielt sich so streng an ihr „Arbeitsmandat“. Warum heiße Kartoffeln aufnehmen, die noch keine internationale Behörde aufgenommen hat?

Das genannte Sizilien zieht aber auch Nutzen aus den Überweisungen seiner als „Fremdarbeiter“ in Norditalien und Zentraleuropa Tätigen – wie andere Mittelmeerländer auch: Im Jahre 1979 erhielt die Türkei Überweisungen ihrer in der Fremde tätigen Arbeitskräfte in Höhe von 2 Milliarden DM allein aus der Bundesrepublik, ganz zu schweigen von den unsichtbaren Transaktionen, die erweislich durchgeführt wurden. Jugoslawien erhielt im gleichen Jahr 1,45 Milliarden DM, Italien 900 Millionen DM (dies alles seit Jahren; gleichwohl, die Entwicklung nähert sich – zumindest in der Türkei und in einzelnen Regionen Italiens – dem Ruin). Die Kommission empfiehlt für die gesamte Dritte Welt zunächst einmal 8 Milliarden DM pro anno an Mehrzahlung. Woher bezieht sie ihr Vertrauen in die Vertrauensseligkeit ihrer Leser? Ein Buch muß nicht deshalb besonders kompetent sein, weil es von hochgestellten Kompetenten eronnen und von Hilfskräften (schlecht) zusammengeschrieben worden ist. (Die Wiederholungen im Text sind übrigens so zahlreich, daß sie den Gutwilligsten ermüden müssen. „Das Jahr 2000“ beispielsweise wird so oft genannt oder gar beschworen, daß schwarze Magie im Spiele sein könnte. Es ist nicht nur sinnlos, dieses Jahr permanent zu beschwören, sondern auch gefährlich. Mao, der realistischste unter den Utopisten oder den Pessimisten, dachte in viel längeren Zeitspannen: „Es wird 10 000 Jahre dauern, bis . . .“)

Schon vor hundert Jahren glaubte mancher bis zum „fin de siècle“ (Karl Marx) ein epochales Dilemma überwunden zu haben. Friedrich Engels stellte dann als Nachlaßverwalter noch fest, daß es anders gekommen sei. D. h. das zu überwindende System war viel besser, sozialer, aber auch wandlungsfähiger, als man aus der Sicht der Jahrhundertmitte angenommen hatte.

Das ist jetzt, am Ende des 20. Jahrhunderts, leider ganz anders. Dankbarkeit ist schon am Platze, wenn nur der traurige status quo bis dahin wenigstens gehalten werden kann: Geld allein genügt nicht. Wer Entwicklungshilfe erhöht sehen möchte, soll eine Vorstellung von der wirtschaftlichen Lage der Geberländer haben. Wie verletzbar die öffentlichen Hilfeleistungen sind, wird ersichtlich, wenn man die Verschuldung, die ausgebliebenen Reformen, die Rohstoffabhängigkeit und die gewiß nicht ohne Druck ständig erhöhten Rüstungsausgaben betrachtet. Eine Erhöhung der Entwicklungshilfe hängt davon ab, daß die Leistungsfähigkeit der Industrieländer, auch der Bundesrepublik Deutschland, erhalten und noch gesteigert werden kann. D. h. konkret, daß die Wachstumsindustrien, gerade wenn man die Entwicklungshilfe erhöhen will, besonders gepflegt werden müssen. Sonst sähe man sich eines Tages in der Lage,

von seiten der westlichen Industrieländer Entwicklungshilfe nur noch in Form von Know-how-Transfer und Nahrungsmittelhilfe leisten zu können.

Die tiefen Löcher, die das Ölkartell nicht nur in die Kassen von Industrie- und Entwicklungsländern gerissen hat, begrenzen den Spielraum für herkömmliche Formen der internationalen Zusammenarbeit drastisch. Der Verweis auf eine „neue Weltwirtschaftsordnung“ eignet sich allenfalls zur Weckung übertriebener Hoffnungen – dabei müßte ein solcher Verweis nach allen bisherigen Erfahrungen gar nicht als Leerformel gereicht werden. Sind die Verträge von Lomé (Hauptstadt von Togo) aus dem Jahre 1975 zwischen der Europäischen Gemeinschaft und einer Reihe von Entwicklungsländern Afrikas, der Karibik und aus dem pazifischen Raum (AKP) nicht als Beispiel und Ansporn nutzbar? Erste Schritte auf einem gewiß noch langen Weg, auf dem wir jedoch mit großen, inhaltlich aber dürrtigen Formeln nicht weiterkommen.

Erfahrungen, Malinungen, Gefahrenzeichen

Die Erfahrungen mit den Lomé-Abkommen sind für viele Probleme erhellend, die von der Kommission eben nur als Probleme oder Forderungen ausgebreitet werden. Die Kommission fordert beispielsweise eine Besserstellung der Gastarbeiter. Dazu hieß es im Zusammenhang mit Lomé II in der Presse: „Erstmals werden die Gastarbeiter in den Geltungsbereich der AKP-Vereinbarungen einbezogen; bezüglich Arbeitsbedingungen, Löhnen und Sozialleistungen werden sie den EG-Arbeitern gleichgestellt.“ Ein anderes Beispiel: Die Kommission fordert: „Der Protektionismus der Industrieländer gegenüber Exporten aus Entwicklungsländern sollte abgebaut werden“ (357). Die Erfahrungen aus den Lomé-Abkommen wurden hierzu wie folgt in der Presse zusammengefaßt: „Schon bisher waren 99,5% der AKP-Ausfuhren nach der EG zollfrei, und zwar ohne Gegenseitigkeit. Allerdings hat sich dies bisher praktisch auf die AKP-Exporte nicht ausgewirkt. Die Lehre wird gezogen, indem den AKP-Staaten nun geholfen werden soll, sich auch in die Technik der Absatzförderung einzuarbeiten.“ Auch das Stabex-Beispiel, „eine Schadenversicherung für AKP-Produkte gegen Naturkatastrophen und schwankende Weltmarktkurse mittels EG-Finanzmitteln“, wäre geeignet gewesen, der Kommission einiges von ihrem Pessimismus zu nehmen (Zitate nach J. Thalmann in: „Basler Zeitung“, 1. Nov. 1979). Der Bericht erwähnt zwar die „sog. Lomé-Konvention“, ohne diesen hoffnungsvoll stimmenden Komplex seinen Intentionen und Erfahrungen gemäß zu würdigen. Wenn die Kommission aber über Lomé I und II sprach und wußte, was dort geschehen war, dann muß sie sich wenigstens die Frage stellen lassen,

welche Industrieländer sie eigentlich bei ihren Hiobsbotschaften und Schwarzmalereien im Auge gehabt habe.

Diese und angrenzende Probleme werden offenbar auch von der Kommission gesehen. Es werden – wenn auch etwas verklausuliert – Mahnungen ausgesprochen, die nicht unbedingt populär sein werden, so u. a.: „Wenn der Norden zu dieser Entwicklung beitragen will, indem er den Handel mit der Dritten Welt ausweitet, die Benachteiligung der Dritten Welt auf den Weltmärkten abbaut, die Finanzhilfen erhöht, und wenn er gleichzeitig seine eigenen Probleme lösen will, dann ist allerdings Wachstum eine politische Notwendigkeit. Steigende Arbeitslosigkeit im Norden ist deshalb in jeder Hinsicht ein Alarmzeichen. Teilweise beruht sie auf technologischem Wandel und auf neuen Investitionen, die Arbeitskraft durch Kapital ersetzen. Es gibt aber noch wichtigere Faktoren, vor allem sinkende Nachfrage, daneben zunehmende Frauenerwerbstätigkeit, Produktionsverlagerung ins Ausland vor allem durch Kapitalanlagen der multinationalen Unternehmen“ (46). Im Grunde hat die Kommission mit dieser Aussage kurz und bündig ihr Dilemma umrissen: Forderungen nach erhöhten materiellen Leistungen bei verstärktem wirtschaftlichem Wachstum – und das mitten in einem gewaltigen Umstrukturierungsprozeß, der nach Auffassung der Kommission auch scheitern könnte. Über die multinationalen Unternehmen wird mehrmals gesprochen. Ihre Funktion wird positiv bewertet. Man brauche allerdings Richtlinien, einen Verhaltenskodex, in dem auch etwas zur Besteuerung (242) zu sagen wäre. An die Problematik der Steuergerechtigkeit in Entwicklungsländern selbst rührt die Kommission nicht.

Wer die Welt nur „materialistisch“ sieht und sein Volk entsprechend führt, nagt am Ende selbst am Hungertuch. Gegenteilige Beispiele sind mir aus dem 20. Jahrhundert nicht bekannt. Der Bericht bemängelt, daß „die Industrieländer einer Leitvorstellung huldigen, die vorwiegend materialistisch ist, die sich auf den Glauben stützt, das Bruttosozialprodukt und das, was man für Lebensstandard hält, werde automatisch wachsen“ (34). Zitiert wird ein Mitglied der Kommission, das geäußert habe: „Was gebraucht werde, sei ein neuer Glaube an den Menschen, an seine Würde und seine fundamentalen Rechte; ein Glaube an die Werte von Gerechtigkeit, Freiheit, Frieden, gegenseitigen Respekt, an Liebe und Freigiebigkeit, an Vernunft statt Gewalt“, so berichtet der Kommissionspräsident in seiner Einleitung. Er unterstreicht auch: „Die Impulse, die von den Kirchen und Religionsgemeinschaften oder vom Humanismus ausgehen, können die weltweite Solidarität stärken und dazu beitragen, die Nord-Süd-Probleme lösen zu helfen“ (19). Im eigentlichen Bericht und in den Schlußempfehlungen finden sich keine Nutzenwendungen oder Vertiefungen solcher Einsichten. Hier werden Eulen nach Athen getragen.

Diese Hinweise sind leider nur zu wahr; in der Einleitung des Kommis-

sionsberichtes sind sie auch durchaus angebracht. Im Hunderte von Seiten langen Text finden sich solche Hinweise nicht mehr, geschweige denn notwendig detaillierte Vorschläge für Nutzenanwendungen. Es ist so, als ob man mit der Feierlichkeit der Hochzeitsglocken etwas über die Ehe aussagen könnte. Ich fürchte nicht nur, ich weiß es: Die eigentlich Betroffenen halten sich bei jenen Deklamationen die Ohren zu. Die Fakten sind viel schlimmer . . . Theorien ohne Praktikabilität haben wir genug; die Kommission hat dankenswerter Weise keine weitere geboten. Doch auch auf Aufrütteleien kann in dieser aufgerüttelten Welt verzichtet werden. Die Kommission spricht über die von ihr diagnostizierten Übel ehrlich. Offenbar hat sie keine neueren „sozialwissenschaftlichen“ Verkündigungen und Kunden allzu ernst nehmen wollen.

Doch wird dem Leser nicht eigentlich ein X für ein U vorgemacht, wenn die Nord-Süd-Kommission über fast die Hälfte der Menschheit nur am Rande spricht? Der von der Kommission so verstandene Dialog zur „Sicherung des Überlebens“ beschränkt sich auf die Dialogpartner der westlichen Industrieländer und der Entwicklungsländer. Die Ostblockländer, die Volksrepublik China und die OPEC-Staaten nehmen offenbar an diesem Dialog nach Meinung der Kommission nicht oder nur am Rande teil. Und das nach den diversen UNCTAD-Konferenzen . . . Mit einer Resonanz in allen Teilen der Welt rechnet die Kommission gleichwohl. Da der Tenor also lautet, es seien Mehrleistungen von seiten der so verstandenen „Industrieländer“ zu erbringen, wird der Bericht allein wegen dieser Forderung bei den eigentlich Betroffenen erhebliches Interesse erwecken. Insofern wird Begehrlichkeit geweckt – auf eine durch die westlichen Industrieländer allein nicht zu befriedigende Art und Weise. Die angebotenen Rezepte bleiben dabei auch noch viel zu allgemein. Beim heutigen Wissensstand hätten sie konkreter und damit sachlicher und nutzbringender sein können.

Zwölf Thesen zur Entwicklungspolitik

Ich bin nicht aufgerufen, aber auch nicht berufen, auf schmalen Raum ein Gegenkonzept zur Kommissionsarbeit zu entwerfen. Sollte dieser Eindruck entstehen, wäre dies zu bedauern. Allerdings kann über die anstehenden Fragen nur noch in offener und freier Auseinandersetzung gerungen werden. Daß dunkle Kräfte die fatale Lage zum Kochen ihres Süsschens nutzen wollen und tatsächlich nutzen, soll niemand entmutigen.

Ich nenne zwölf **Thesen**, über die bei einem Dialog, und überhaupt in der Entwicklungspolitik, Klarheit – in Form von tiefgreifenden Sachkenntnissen – herrschen sollte:

These 1: Das **Agrarpotential** in den Entwicklungsländern ist unzurei-

chend genutzt. Es könnten weit mehr Menschen als die heute lebenden auf dieser Welt gut versorgt und ernährt leben. Sowjetische Wissenschaftler, darunter Y. Fyodorov, halten – reichlich gewagt – eine Weltbevölkerung von 12–15 Milliarden für möglich. Gewiß dürfte sein, daß die heute 4 Milliarden besser leben könnten, ja problemlos leben könnten.

These 2: Grundlegend für jede Mobilisierung der Massen ist die Strukturierung in Institutionen, so auch die der ländlichen Massen.

Die großen Mobilisierungstheoretiker haben in der Vergangenheit diesem Erfordernis besondere Aufmerksamkeit gewidmet (Lenin, „Über das Genossenschaftswesen“ u. a. Schriften; Mao, „Zur Frage des genossenschaftlichen Zusammenschlusses in der Landwirtschaft“ u. a.). Die englische Kolonialpolitik verfolgte eine ländliche Entwicklung über ausgewählte Institutionen, darunter Gemeinwesen-Entwicklung, Verdörflichung, Genossenschaftsbildung. Die UNO hat ein weltweites Forschungsprojekt über „Rural Institutions“ vor Jahren durchgeführt. Die christliche Missionierung bietet unzählige Beispiele der Förderung vorhandener und der Bildung neuer ländlicher Institutionen. Entwicklungspolitiker und Agrarwissenschaftler haben diesen grundlegenden Bereich vernachlässigt. Die europäische Entwicklung ist ohne ein in diversen ländlichen Institutionsarten gegliedertes ländliches Agrarwesen nicht vorstellbar.

These 3: Solche Institutionen – und andere – müssen einen **Freiraum** für das Individuum garantieren, in dem Eigeninitiative – prinzipiell zugelassen – zum Tragen kommt.

Auf diesen notwendigen Freiraum haben selbst Lenin und Mao wiederholt verwiesen und dessen Praktizierung gesucht bzw. gefordert. Die Reprivatisierungswelle nach Stalin'schen und „kulturrevolutionären“ Exzessen gegen das menschliche Individuum verdeutlichen, daß dem privaten Sektor eine wesentliche Funktion auch in einer sozialistischen Gesellschaft zukommt. Dies wird von notorischen Stalinisten, aber auch von vielen Neomarxisten heute geflissentlich übersehen (mehr als 50% der Kartoffelproduktion – als Grundnahrungsmittel – und der Eierproduktion der UdSSR kommen heute aus dem privaten Sektor).

These 4: Maßnahmen gegen **Umweltvernichtung** und Abnahme der landwirtschaftlich nutzbaren Flächen sind in Entwicklungsländern umgehend stärker als bisher in die Wege zu leiten, wobei die Mithilfe der Bevölkerungen unabdingbar ist. Wenn im Sahel-Gebiet mehr als 50% der eingebrachten Ernte in Familienbetrieben durch mangelhafte Lagerhaltung vernichtet wird, in anderen Teilen der Welt durch Ratten und Heuschrecken, und durch andere Plagen enorme Prozentsätze der Nahrungsmittel verlorengehen, dann sind Maßnahmen über Massenmobilisierungen gefragt, an denen die direkt Betroffenen mitwirken **müssen**. Solche Verluste können nicht durch Nahrungsmittel- oder Finanzhilfe von außen wiedergutmacht werden.

These 5: Die Entwicklungsländer als Agrarländer müssen dringlich in die Lage versetzt werden, **Importsubstitution** für Agrarprodukte – zumal Grundnahrungsmittel – aufzubauen.

These 6: Das Verstädterungsproblem ist nicht durch städtische **Arbeitsbeschaffungsprogramme** zu lösen. Arbeitsplätze – zumal in Industriebetrieben – können in solchen Massen, wie sie erforderlich wären, in städtischem Milieu nicht zur Verfügung gestellt werden. Es sind alle Anstrengungen zu unternehmen, die Sogwirkungen der Städte umzufunktionieren, bevor sich die Umkehrung des fatalen Trends von selbst einstellt (wie in Europa unter anderen Bedingungen geschehen).

These 7: Die „**Bevölkerungsexplosion**“ ist in vielen Entwicklungsländern seit Jahren schon keine Explosion mehr (Volksrepublik China und andere Länder). Ein Problem bleibt sie nur dort, wo Wirtschafts- und Sozialpolitik den eigenen Entwicklungen nicht zu entsprechen vermögen (Bangladesh u. a.). Familienplanung und entsprechende Maßnahmen können und dürfen nicht nach Rezepten, die für alle Länder gleichermaßen Gültigkeit haben sollen, propagiert werden, solange nicht je spezifische Wirtschafts- und Sozialreformen nach bewährten Verfahren tatsächlich ausprobiert worden sind.

These 8: Die **Sozialverpflichtung des Eigentums** ist vom Privateigentum auf die Ebene des Gruppen- und Staatseigentums zu transponieren, d. h. auch dort – im Interesse der Weltgesellschaft – zu praktizieren. Angewandt auf einen praktischen Fall heißt dies: Die Sowjetunion, die über das größte staatliche Territorium aller Länder verfügt und darin außerordentliche Möglichkeiten der Agrarproduktion stillliegen hat bzw. stillgesetzt hat, wäre zu verpflichten, sich an die „Sozialverpflichtetheit des Grundeigentums“ zu erinnern und Entlastungsfunktionen für den Nahrungsmittelweltmarkt zu bieten. Andere Beispiele: Die vorwiegend anthropogen erfolgende Verwüstung unermesslich weiter Landstriche, der fast gigantomane Stauseefanatismus mit den bekannten Folgen, übersetztes Weideland und übersetzte Tierparks usw. führen plastisch zur Umweltvernichtung – zum Schaden nicht nur der direkt Betroffenen. Vielleicht hatte die Kommission auch derartiges vor Augen, als sie formulierte: „Alle Nationen müssen nachdrücklicher zusammenarbeiten in der internationalen Verwaltung der Atmosphäre und anderer weltweiter Gemeinbesitze und bei der Verhinderung nicht wieder gutzumachender Umweltschäden“ (353). Ich bin sicher, daß über die „weltweiten Gemeinbesitze“ und über das, was dazugehören müßte, in Zukunft lebhafter als bisher diskutiert werden wird.

These 9: Die internationalen Behörden sollten in stärkerem Maße als bisher **Kaderschulung** nach vorgängiger strenger Selektion betreiben. Prüfungsberichte sind freimütig zu veröffentlichen.

These 10: Die **Ostblockländer** sind in die internationale Entwicklungshilfe voll zu integrieren. Aus dieser Integration könnten weltweite Abrü-

stungsimpulse resultieren; wesentliche Erhöhungen der Entwicklungshilfe könnten weltweite Folgen sein.

These 11: Den Entwicklungsbeflissenen unserer Tage – in den Industrieländern wie in den Entwicklungsländern – ist **Mäßigung** anzuraten. Sachkenntnisse in Verbindung mit Respekt vor dem menschlichen Leben sind gefragt. Ideologien, die auf dem Wege zu ihrer (nie erfolgenden) Realisierung die aktuellen sozialen Kosten nicht in Rechnung stellen (bis zur Ausrottung oder Ausweisung von Andersdenkenden, auch von Alten, Invaliden, Kindern), sind schärfstens zu verurteilen. Recht auf Leben ist ein hic et nunc geltendes Recht – es kann nicht im Hinblick auf entferntere Zeiten im Interesse des momentan zufällig Stärkeren storniert werden.

These 12: Es stimmt hoffnungsvoll, daß es für die hier thesenhaft aufgezählten Probleme **Lösungsmöglichkeiten** gibt und daß diese – begrenzt – auch schon genutzt wurden. Auch aus den dabei begangenen Fehlern können die zukünftigen Generationen lernen. Ich kann nicht auf das Aufforsten verzichten, weil es Waldbrände geben könnte oder gegeben hat. Im Gegensatz zu naturwissenschaftlichen Aktivitäten werden wir im sozialen Bereich immer wieder auf die Ausgangslage oder -frage zurückgeworfen – nach Sinn und Wert des Menschen. Dabei wird es immer bleiben. In der Erkenntnis und Praktizierung dieser Grundtatsache liegt der Fortschritt: „Die Sicherung des Überlebens.“

Ich sehe die Lage als optimistischer Pessimist: Das Martyrium großer Teile der Menschheit kann überwunden werden. Ich habe meine Zweifel an der bisher unter Beweis gestellten Leistungsfähigkeit der internationalen Behörden, wenn auch einzelne, Weltbank und Weltgesundheitsorganisation, auf große Erfolge verweisen können. Die Effizienz kann bei sinnvoller Massenmobilisierung wesentlich erhöht werden. Ich bin sicher, daß wir dazu die materiellen und geistigen Vorbedingungen kennen und diese auch zu nutzen verstehen. Die Behörden können aber mit ihren Maßnahmen – auch wenn sie diese wesentlich verfeinern – die sozialen Mobilisierungsimpulse nicht ersetzen. Sie sollten sich nicht dem Irrglauben hingeben, eine zentrale Weltverwaltung oder gar Weltverwaltungswirtschaft auszumachen oder aufbauen zu können. Es gibt auch keinen Grund, so etwas mühselig aufzubauen – im Endeffekt wäre dies auch wieder ineffizient gegenüber den Problemen, die uns bewegen.

Mobilisierung ohne Institutionen?

Bei einem Aufruf allein kann man es nicht belassen: Zum Vorschlag der Mobilisierung gehören doch Institutionen, rechtliche und soziale Kanalisierungen, die nach allen Erfahrungen menschenwürdig und den vorgegebenen Voraussetzungen entsprechend sein müssen, die vor allem dem Schutz des jeweils Schwächeren dienen. Die Kommissionsmitglieder,

zumal die europäischen darunter, stammen aus einer Generation, denen Aufrufe zu Massenmobilisierungen aus eigenen Anschauungen nicht fremd geblieben sein dürften. Wir haben doch gerade solche in Europa mit fatalsten Auswirkungen zuhauf gehabt. Sie sind auch in der Wissenschaft verarbeitet. Der Sozialdemokrat Theodor Geiger äußerte zu Beginn der 30er Jahre zu den damaligen Mobilisierungsverheißungen, daß sie sich „in sehr breitrollenden Wellen minder lauterer Wassers auflösen . . .“. Bei allen Mängeln der sozialwissenschaftlichen „Massentheorien“, darf doch so viel vorbehaltlos aus ihnen akzeptiert werden, daß der Mobilisierungsakt als solcher eben gerade nicht genügt, sondern überhaupt nur sinnvoll sein kann, wenn er die Phase nach der Mobilisierung mit in die Konzeption einbegreift. Es besteht also die Gefahr, daß solche gutgemeinten, aber den Realitäten nicht gerecht werdenden Aufrufe grauenvoll scheitern, daß sie aus dem Ruder laufen, ausufern. Das dürfte auch für religiöse Mobilisierungskonzepte gelten („Revolution der Liebe“ von Dom Helder Camara u. a. m.) Der offenbar in Vergessenheit geratene Georg Simmel hat darüber ausführlich und mahnend geschrieben, so beispielsweise:

„Gerade wo große Massen in Bewegung gesetzt werden – in politische, soziale, religiöse – zeigen sie einen rücksichtslosen Radikalismus, einen Sieg der extremen Parteien über die vermittelnden. Dies liegt zunächst daran, daß große Massen immer nur von einfachen Ideen erfüllt und geleitet werden können: was vielen gemeinsam ist, muß auch dem niedrigsten, primitivsten Geiste unter ihnen zugänglich sein können . . . Die Einfachheit der Ideen, von denen diese gelenkt werden, drängt auf ein entschiedenes Ja oder Nein . . . Diese radikale Entschiedenheit in den Bewegungen der Masse verhindert durchaus nicht ihr totales Umschlagen von einem ihrer Extreme in das andere . . . Ganz prinzipiell ausgedrückt, ist es die Veranlassung des formalen und seinen Inhalt leicht wechselnden Radikalismus der Masse, daß sich aus ihren nach verschiedenen Richtungen hin disponierten Elementen nicht eine Resultante, eine mittlere Linie ergibt, sondern daß ein momentanes Übergewicht der einen Richtung die Vertreter der anderen auch gleich gänzlich zum Schweigen zu bringen pflegt, statt daß sie die Massenaktion proportional mitbestimmen; so daß für jede jeweilig zu Worte kommende Richtung gar keine Hemmung, ihr Extrem zu erreichen, besteht.“ Auf dieses Simmel-Zitat bin ich kürzlich in einer Publikation eines brasilianischen Sozialwissenschaftlers gestoßen (Claudio Souto/Recife).

Ausblick

Wer der Vielfalt der Kulturen und deren gegenseitiger Respektierung das Wort redet, sollte auch der Pluralität innerhalb der einzelnen Kulturen

Beachtung schenken. Die Funktionen von Individuen und Gruppen sollten auf der Grundlage von Erfahrung bedacht sein; Konsequenzen könnten aus den Erfahrungen gezogen werden. Erkenntnishilfe kann u. a. bieten das Werk „Ökonomik der Arbeit“, das in mehreren Auflagen in der Deutschen Demokratischen Republik erschienen ist. Die der Menschheit mit der Entwicklungsproblematik gestellten Aufgaben sind nur durch entsprechende Leistungen zu bewältigen. Mehrarbeit und Schweiß sind ehrlicherweise in Aussicht zu stellen. Und das bei Menschen, die Mehrleistung kaum ertragen, wegen einseitiger oder unzureichender Ernährung, wegen einer zumindest langfristig geschwächten Konstitution. Die mobilisierende Kraft (noch) tragfähiger sozialer Institutionen in den verschiedenen Kulturen selbst sollte nicht unterschätzt werden. Die Entwicklungspolitik ist auf sie und auf weitere, die schon erprobt worden sind, angewiesen.

Der Bericht der Nord-Süd-Kommission als Darstellung eines „Lernprozesses“ ist ein Lehrstück. Die Gattung der Entwicklungsliteratur ist wieder einmal auf ambivalente Weise bereichert. Man könnte auf Schopenhauers Empfehlung verweisen: „Die Kunst nicht zu lesen, ist höchst wichtig.“ Aus Einblick in das Entwicklungs- und Literaturgeschäft weiß ich, daß diese Bemerkungen keineswegs kontraproduktiv sind, mithin verzeihlich. Schließlich ist ja Wissenschaft, oder was in ihrem Gewande auftritt, noch nicht als Produktionsmittel allgemein akzeptiert.

Was nach allem den Bericht der Kommission angeht, kann man sagen, und muß es fast befürchten, daß es in der Entwicklungszusammenarbeit „oben“ weitergeht wie eh und je; den Den kern sei gedankt.

Literaturhinweise

1. Basler Versicherungsgruppe, Hrsg., Interview mit der Menschheit, Basel 1978.
2. Behrendt, Richard D., Soziale Strategie für Entwicklungsländer, Entwurf einer Entwicklungssoziologie, Frankfurt am Main 1965.
3. Club of Rome, insbesondere: Jan Tinbergen, Coordinator, RIO, Reshaping the International Order, New York 1977.
4. Galbraith, John K., Die Arroganz der Satten, Strategien für die Überwindung der weltweiten Massenarmut, Bern und München 1979.
5. NN, Hrsg., Unsere Schätze der Erde, Ein Bild-Atlas, Bern 1979.
6. OECD, Hrsg., Interfutures, Facing the Future, Mastering the Probable and Managing the Unpredictable, Paris 1979.
7. Die Päpstlichen Enzykliken „Mater et Magistra“ (Joh. XXIII., 1961), „Pacem in terris“ (Joh. XXIII., 1963) und „Populorum progressio“ (Paul VI., 1967).
8. Weltbank, Hrsg., Weltentwicklungsbericht 1979, Washington, D.C., August 1979.

Zur Person des Verfassers

Paul Trappe, o. Prof. und Direktor des Soziologischen Instituts der Universität Basel, Vors. des Sozialw. Studienkreises für Internationale Probleme, Präsident der Internationalen Vereinigung für Rechts- und Sozialphilosophie. 1970 Literaturpreis der International Cooperative Alliance in London.